

Einwilligungserklärung in die unverschlüsselte Kommunikation

Zwischen _____
(nachfolgend Kanzlei genannt)

und _____
(nachfolgend Mandant genannt)

1. Allgemeine Regelung

- a. Die hier genannte Einwilligungserklärung bezieht sich auf den Datenschutz und die Datensicherheit beim E-Mailverkehr.
- b. Findet eine elektronische Kommunikation zwischen der Kanzlei und dem Mandanten statt, so muss auf Grund der Verschwiegenheitspflicht des Steuerberaters (§ 57 Abs.1 StBerG) und dem Artikel 25 DSGVO, die Übermittlung der Daten unter Berücksichtigung des Stands der Technik durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen erfolgen. Demnach ist eine Ende-zu-Ende-Verschlüsselung grundsätzlich erforderlich.

2. Erklärung

- a. Der Mandant stimmt ausdrücklich und auf eigenen Wunsch einer E-Mail-Kommunikation ohne weitere Sicherungsmaßnahmen und Verschlüsselungen zu.
- b. Folgende potentielle Gefahren sind dem Mandanten durch das unverschlüsselte übermitteln bekannt:
 - Das Abfangen und Lesen durch Dritte.
 - Weitergabe von Geschäftsgeheimnissen und sensiblen personenbezogenen Daten durch eine nicht korrekte Übermittlung oder einen falschen Empfänger.
- c. Die in 2 Abs. b getroffene Regelung entfällt, wenn es sich um personenbezogene Daten Dritter handelt und vom Betroffenen keine eigene Einwilligung abgegeben wurde.

3. Daten des Mandanten

- a. Vor- und Nachname, ggf. Unternehmen:

.....

- b. Vereinbarte E-Mail-Adressen:

.....

Mir wurde diese Richtlinie zur ungesicherten E-Mail-Kommunikation ausgehändigt. Diese Erklärung wird in Kenntnis der Gefahrenlage abgegeben und kann nur schriftlich widerrufen werden.

.....
Datum, Unterschrift Mandant

.....
Datum, Unterschrift Kanzlei